

Neue Ideen für Medienförderung

Die Stiftung Zukunft.li beschäftigte sich mit Medienpolitik. Wie steht das Ministerium zu den Vorschlägen?

Daniela Fritz

Der Wandel in der Medienlandschaft ist dieser Tage wieder in aller Munde. Die einen sehen die Demokratie in Gefahr, die anderen rufen zur Beschwichtigung auf. Die Stiftung Zukunft.li untersuchte in ihrer Studie «Journalismus im Kleinstaat» 16 mögliche Modelle und leitete daraus Empfehlungen ab, wie es weitergehen könnte.

Noch kein Konzept für Service-public-Angebot

In der Politik muss sich der Inhalt erst noch etwas setzen. Im Regierungsprogramm haben VU und FBP bereits festgehalten, dass die Medienlandschaft gestärkt werden soll. «Dabei wird nicht nur ein Auge auf die Medienvielfalt, sondern auch auf die Qualität gelegt», heisst es darin weiter. Die Regierung nimmt sich für diese Legislatur vor, ein mediales Service-public-Angebot zu schaffen, um die Bevölkerung unabhängig und verlässlich zu informieren. Wie dieses dann konkret aussehen soll, ist aber noch immer

komplett offen. Laut dem Innenministerium müsse man zunächst beantworten, was «Service public» bedeute, welches Angebot in welchem Kanal für das Land und die Demokratie von Relevanz sei und welche Erwartungen die Gesellschaft damit verknüpfe. «Die in der Studie beleuchteten Modelle geben uns sehr wertvolle Inputs für die weitere Diskussion und die Studie kann uns entsprechend als Grundlage für weitere Entscheidungen dienen», heisst es aus dem Ministerium. Einige Modelle hätten Potenzial und könnten das bereits bestehende System auch ergänzen.

Anschubfinanzierung des Landes weiterdenken

Beispielsweise der vorgeschlagene Ansatz von «Vielfalt durch Innovation und Wettbewerb». Die seit diesem Jahr geltende neue Medienförderung sieht zwar bereits eine Anschubfinanzierung für neue Medienprojekte vor. Laut der Stiftung Zukunft.li sollte es aber nicht das Ziel sein, möglichst viele Start-ups zu unterstützen, son-

dern nur jene mit tragfähigem Geschäftsmodell. Zudem sollten diese zur Meinungsvielfalt beitragen. Zukunft.li schlägt zusätzlich vor, die Anträge für staatliche Anschubfinanzierung von einer Fachjury mit internationaler Erfahrung beurteilen zu lassen. Zudem regt der Thinktank die Zusammenarbeit mit einem privaten Investor an, der «geduldiges» Kapital bereitstellt. Gemeint sind insbesondere philanthropische Geldquellen. Aber auch eine Kooperation des Landes mit einer Stiftung oder einem Fonds, der Gelder aus verschiedenen Quellen bereitstellt, wäre denkbar. Aus Sicht des Ministeriums könnte man die Anschubfinanzierung dementsprechend weiterdenken.

Potenzial sieht das Ministerium auch in der vorgeschlagenen Dialogplattform: ein zentrales Onlineforum, auf dem sich die Behörden, Gemeinden und das Land sowie die Zivilgesellschaft mitteilen können. Diese Idee trifft allerdings auch auf Skepsis. VU-Generalsekretär Dietmar Hasler und FBP-Präsident Alexander Batliner

würden stattdessen lieber vorhandene Angebote stärken, anstatt diese zu konkurrenzieren.

Demokratische Vergabe birgt Tücken

Weniger abgewinnen kann man im Ministerium dem Vorschlag, die Medienförderung demokratischer zu gestalten. Die Einwohner könnten nach dem Vorschlag des Thinktanks Zukunft.li im Rahmen ihrer Steuererklärung selbst entscheiden, welche Medien sie mit ihrem Anteil in welchem Umfang fördern möchten.

Dieser Ansatz sei zwar spannend. Das Ministerium gibt jedoch zu bedenken: «Wir sehen hier statt eines Bürokratieabbaus eher ein Mehr an Bürokratie.» Ein Drittel der Fördermittel würde nämlich noch immer über den bestehenden Mechanismus gesprochen, indem die Medienkommission die Mittel anhand von Qualitätskriterien vergibt. Zudem würden die Abfrage und Auswertung in der Steuerverwaltung voraussichtlich zu Mehraufwand führen. **3**